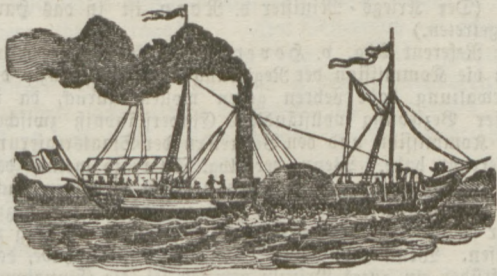


Danziger Dampfboot.

№ 65.

Freitag, den 17. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kretzschmar's Centr. Ztg. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Vllgen & Fort. F. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 16. März. Bei der heute beendigten Ziehung der 3. Klasse 131. Kgl. Klassen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 16,332, 37,396 und 54,801.

1 Gewinn zu 600 Thlr. fiel auf Nr. 42,575 und 9 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 1958, 10,521, 11,376, 23,816, 35,484, 37,727, 66,752, 79,703, und 82,412.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Donnerstag 16. März.

Nach einer der Hamburger „Börsenhalle“ aus Kopenhagen zugegangenen Privatmittheilung steht die Bildung eines konservativen Ministeriums, wahrscheinlich unter der Leitung Friesenborg's, in Aussicht.

Wie das hier eingetroffene „Dagbladet“ meldet, hat der Civil-Ingenieur Kröhnke der dänischen Regierung angezeigt, daß sich eine Gesellschaft für den Bau einer Eisenbahn in Südseeland, über Falster, Laaland, Femern nach Hamburg konstituiren würde, sobald dieselbe Konzessionirung erhalte und gleichzeitig die Regierung ersucht, die betreffenden Vorlagen dem Reichstage zu machen.

Altona, Donnerstag 16. März.

Dem „Altonaer Merkur“ wird aus Schleswig gemeldet: Nach dem Herzogthum Schleswig wird binnen Kurzem mehr Militär verlegt werden. Nächstens soll eine Versammlung der Bauernvögte des Bezirks Angeln abgehalten werden, die über die Maßregeln zur Unterbringung desselben berathen wird.

Kiel, Donnerstag 16. März.

Der „Kieler Zeitung“ zufolge war die heutige Versammlung der Prälaten und Ritterschaft von circa 30 Mitgliedern besucht. Es wurde der Beschluß gefaßt, zum Geburtstag Sr. Majestät des Königs von Preußen eine Deputation zur Beglückwünschung nach Berlin zu senden. Zu Mitgliedern derselben wurden die Herren v. Reventlow-Farve, v. Ranzau-Seeburg und v. Schimmelmann-Ahrensborg gewählt.

Flensburg, Donnerstag 16. März.

Die hiesige Filialbank wird von morgen ab auf dänische Reichsmünze lautende Wechsel in preussische Einthalersstücke diskontiren und zwar acht dänische Mark zu einem Thaler gerechnet. Vom nächsten Montag ab werden Banco- und Sterlings-Course in preussischen Thalern notirt.

Dresden, Donnerstag 16. März.

Nach einem Frankfurter Telegramm des „Dresdner Journals“ ist der preussische Gesandte beim deutschen Bunde Kammerherr v. Savigny nach Berlin berufen worden, und tritt heut Abend seine Reise dahin an. Bayern hat deshalb das Präsidium beim Bundestage übernommen.

Wien, Donnerstag 16. März.

Der „Botschafter“ enthält den Wortlaut einer englischen Note vom 13. März an den Grafen Mensdorff zur Beantwortung des von Oesterreich und Preußen gestellten Antrags auf Anerkennung der schleswig-holsteinischen Interimsflagge. Die englische Regierung — heißt es in der Note — haben diesen Vorschlag reiflich erwogen und sei bereit, die Flagge provisorisch, jedoch mit dem Vorbehalte der Rechte der schleswig-holsteinischen Stände, sowie derjenigen Deutschlands und nur bis zur definitiven Constituirung der betheiligten Herzogthümer anzuerkennen.

Die „Generalcorrespondenz“ meldet: Der von dem Generalreferenten für den Staatsvoranschlag des Jahres 1865 im Finanzausschusse vorgelegte Entwurf des Finanzgesetzes weist ein Gebahrungss-Defizit

von 4,259,782 Gulden aus. Der Abgang soll durch die schleswig-holsteinische Kriegsschädigung gedeckt werden. Denselben Gesetzentwurf zufolge soll die Einkommensteuer vom 1. April bis zu Ende December 1865 auf 10 Prozent erhöht werden.

Es circulirt das Gerücht, Staatsminister v. Schmerling habe seine Demission eingereicht. Man spricht von Verhandlungen mit dem Grafen Belcredi und Freiherrn v. Poche.

Augsburg, Mittwoch 15. März.

Heute Morgen ist Dr. Kolb, der langjährige Redacteur der „Allgemeinen Zeitung“ an der Rippenfellentzündung gestorben.

Triest, Donnerstag 16. März.

Die Levantepost hat Nachrichten aus Athen bis zum 11. März gebracht. Der König hat die Demission des Ministerpräsidenten Kanaris angenommen. Der bisherige Minister des Innern, Komunduros, hat das Präsidium mit dem Justizportefeuille übernommen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Vuduris, verbindet provisorisch mit seinem Portefeuille noch das der Marine. Zum Minister des Innern ist Anargyros ernannt.

S a n d t a g.

Haus der Abgeordneten.

21. Sitzung am 15. März.

In der heutigen Sitzung machte der Präsident zunächst einige geschäftliche Mittheilungen. Abg. Paster ist in das Haus eingetreten und hat in der Fortschrittspartei hinter Abg. v. Kirchmann Platz genommen. Eine Mißtrauensadresse von dem Verein der Königstreuen in Insterburg ist dem Präsidenten zugegangen. Ein Schuhmachermäster, dessen Frau von dem zehnten Knaben entbunden, ladet das ganze Haus zur Taufe des Kindes am Sonntag Nachmittag 3 Uhr in der Jacobikirche zu Puthen ein. — Das Haus tritt demnächst in die Tagesordnung ein, die Fortführung der General-Diskussion über den General-Bericht der Budget-Commission. Der erste Redner ist der Abg. v. Mitschke-Collande; er spricht gegen die Anträge der Commission. Er führt zunächst die Vorgänge in Betreff der Budget-Behandlung vor, welche sich in der letzten Sessionsperiode ereignet hatten, geht sodann zu den Ereignissen in Schleswig-Holstein über (der Finanzminister v. Bodelschwingh ist in das Haus getreten). Als der erste Kanonenschuß gefallen, das zeigte es sich, daß es keine Parteien in Preußen mehr gab. Es gab nur noch Preußen, und die Politik des Ministeriums Bismarck fand nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande volle Anerkennung. Ich dachte, diese patriotischen Gefühle würden sich nun auch bei dem Zusammentritt des Hauses, bei der Behandlung der Regierungs-Vorlagen offenbaren, allein ich vermisse sie in jeder Beziehung, und ich kann nur mit Freude die Aeußerungen begrüßen, welche ich gestern hier von Hrn. v. Gablenz vernommen habe, und kann mich ihm nur anschließen, indem ich Sie zur Versöhnung und Einigung auffordere. Mit den Anträgen, die uns die Budget-Commission in ihrem Bericht gestellt, kommen wir aber nicht zu der vom ganzen Lande gewünschten und ersehnten Einigung. Eine Versöhnung ist nur dann möglich, wenn wir uns zum Besten unseres Vaterlandes dahin vereinigen, nachzugeben, wo es nur irgend möglich ist. Stimmen Sie gegen diese Anträge und treten Sie in die Beratung des Budgets ein, so werden Sie einen weit größeren Sieg erkämpfen, als auf dem vorgeschlagenen Wege.

Abg. Faucher: Es ist mir immer schwer geworden zu begreifen, wie es bisher möglich war, das Budget ohne seinen organischen Zusammenhang zu berathen und festzusetzen. (Der Minister v. Seelow ist in das Haus getreten.) Ohne Generalbericht ist das fast gar nicht möglich, dieser ist unbedingt im Interesse des Landes geboten. Ein Ueberblick in den Einnahmen wird sich in jedem Jahre finden, dies giebt dem Finanzminister Veranlassung, neue Ausgaben zu beantragen, welche, zu gering veranschlagt, bei der Ausführung sich bedeutend höher stellen. Dadurch entstehen Unterbilancen, die

später zu neuen Steuern führen, um die entstandenen Ausgaben zu decken. Um diese Zustände möglichst zu beseitigen, hat die Budget-Commission zu den Mitteln des Generalberichts gegriffen. Die Beratung der General-Uebersicht des Staatshaushalts darf nicht in einer Commission hinter verschlossenen Thüren, sondern muß im Hause stattfinden, vor dem Lande; und wir sind der Budget-Commission dafür, wie auch für die Vorschläge dankbar. Die Beratung des Budgets darf nicht nur in Bezug auf das vorliegende Jahr, sondern sie muß auch auf die Budgets der Vorjahre vergleichend zurückgreifen. Das ist eben die große Wichtigkeit in der englischen Verwaltung, daß der Finanzminister in jedem Jahre Steuern streicht und doch der Landesvertretung alljährlich dieselbe Summe vorlegt. Die Vorlage des General-Berichts, welche in England immer mit einer ausführlichen Darlegung des Schatzkanzlers erfolgt, bildet in England das Wichtigste der Session und ich bedauere, daß wir hier unserem Finanzminister dies Amt abnehmen müssen und daß derselbe bei der Debatte zugegen ist, ohne auch nur seinerseits die geringste Aeußerung zu thun. Vielleicht ist derselbe durch den großen Weibrauch zu diesem Verhalten gedrängt, welcher ihm von jener Seite gestreut worden. Redner geht zu den einzelnen Positionen über, welche in dem Bericht der Budgetcommission hervorgehoben sind. Ich meine, daß die Hineintragung der allgemeinen Behandlung des Budgets in dieses Haus der beste Weg ist, um eine Einigung des Hauses mit der Krone herbeiführen. Das Haus führt der Krone diejenigen Punkte vor, welche im Interesse des Landes eine Aenderung im Budget erforderlich machen. An dem Ministerium ist es nun, der Krone die Mittel und Wege anzugeben, welche zur Erreichung der Wünsche des Landes führen können. In diesem ganzen Hause ist das Verlangen nach Einigung und Verständigung vorhanden, das wird das Ministerium nicht bestreiten; denn in Preußen ist das Volk mit seiner Krone eng verketten, und ohne diese enge Verbindung kann kein Preußen bestehen. In Frankreich und England kann das Königthum verschwinden und das Volk wird dennoch bestehen, bei uns in Preußen ist das nicht der Fall. Die Krone ist für uns der Kitt, der uns zusammenhält, der Schild, hinter dem jeder Einzelne Schutz sucht. Warum sollte kein Compromiß zu Stande kommen. Was ist denn eigentlich ein Compromiß? Es ist der Sieg des Patriotismus über den Egoismus, der Sieg der Bescheidenheit über die Eitelkeit. Und das preussische Volk ist so patriotisch wie feins. Es ist bereit zur Einigung, und es wird eine Einigung zu Stande kommen, wenn von den Räten der Krone auch diesem Hause ein Entgegenkommen gezeigt wird. (Lebhaftes Bravo!)

Reg.-Commissar, Geh. Ober-Finanzrath Mölle: Meine Herren! Nachdem bisher die politische Seite des Ihnen vorliegenden Berichts eingehend erörtert ist, wollen Sie mir gestatten, daß ich auf eine mehr nüchterne Seite derselben, die finanzielle, näher eingehen darf. Die Commission hat sich nach ihrem Berichte die Aufgabe gestellt, einen Rückblick auf die Entwicklung der Finanzlage des Staats, soweit dieselbe durch die Etats und die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalts-Stat seit Erfindung der Verfassung offen liegt, zu geben, und unsere Finanzlage möglichst klar zu stellen. Wenn ich mich nun frage, meine Herren, in wie weit diese Aufgabe gelöst worden ist, so muß ich zunächst anerkennen, daß in den Erörterungen über die einzelnen Etats und namentlich bei vielen derselben sehr eingehend zu Werke gegangen ist. Ich vermisse aber eine Verbindung, einen Zusammenhang, der einzelnen Erörterungen zu einem Ganzen, eine Verbindung der Einzelheiten zu einem Ganzen. Es fehlt eine Uebersicht über die gesammte Lage des Staatshaushalts, die in dem Bericht nicht gegeben worden ist, und ich glaube, es ist dadurch ungemein erschwert, eine vollständige Uebersicht über die Finanzlage, wie sie in Aussicht gestellt worden ist, zu gewinnen. Sie werden mich vielleicht verweisen auf die Zusammenstellung der einzelnen Etats von 1849 bis 1865 hin, welche im Bericht S. 5 u. f. w. gegeben ist, und an welche die Bemerkung sich knüpft, daß die Brutto-Einnahmen um 56 Millionen gestiegen seien, während die Bevölkerung in derselben Zeit nur um etwa 17 pCt. zugenommen habe. Meine Herren! bei dieser Erörterung und bei der Anwendung dieser Zahlen sind mannichfache Bedenken, die ich näher hervorheben will, unberücksichtigt geblieben. Zunächst muß ich erwähnen, daß die Vergleichung der Etats-Einnahmen

1849 mit den Etats-Einnahmen pro 1865 niemals eine zureichende sein kann. Meine Herren, über die Steigerung der Einnahmen bis zum Jahre 1865 kann man sich, wenn man die Verhältnisse längere Zeit kennt, wenn man auf frühere Verhältnisse zurückgeht, eigentlich gar nicht wundern, sie sind ganz naturgemäß, und es wäre zu beklagen, nicht allein für die Regierung, sondern noch mehr für die Steuerzahlenden, wenn sie nicht eingetreten wären. Die Verhältnisse vom Jahre 1840, und vielleicht noch früher, bis zum Jahre 1850 ergeben, daß die Brutto-Einnahmen ziemlich constant gewesen sind, daß also eine Entwicklung in den Verhältnissen damals wenn nicht geruht, doch nur in beschränkter Weise stattgefunden hat. Nach einer so langen Unterbrechung der Entwicklung ist es ganz naturgemäß, wenn mit einem Male eine rapide Entwicklung in den Verhältnissen eintreten muß; es haben ja bekanntlich darauf vielfache Verhältnisse gewirkt: die Eisenbahnen sind von dem allerwichtigsten, weitgehendsten Einfluß auf Handel und Verkehr gewesen, und daß alle diese Verhältnisse zurückwirken müssen, ist ganz natürlich, und kann man sich leicht erklären. Aber Sie kommen nicht zu einer richtigen Ansicht über die Steigerung der Einnahmen, wenn Sie sich nicht klar machen, wie viel die Netto-Einnahmen betragen haben, wieviel deren Steigerung beträgt, und wieviel die Einzelnen zu den Ausgaben des Staates beitragen. Diese Arbeit hat man nicht für erforderlich erachtet und ich muß es daher auch unterlassen, auf diesen Punkt näher einzugehen.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg ist in das Haus eingetreten.)

Abg. v. Benda: Hr. v. Gottberg hat gesagt, daß ihn immer ein Grauen ergreife, wenn er sehe, daß die liberale Partei die Budgetfrage in die Hand nehme. Er hat wohl recht, nur muß ich hinzufügen, daß die Schuld, daß die Staatsverwaltung durch ein liberales Ministerium ungleich schwieriger wird, als durch ein conservatives, allein die conservative Partei trifft, denn sie ist es, welche in der Regel einem liberalen Ministerium vorangeht und die Verwaltung in der größten Verwirrung zurückläßt. Die Steuern sind nicht zu hoch, der Einzelne ist nicht überbürdet, aber die Ausgaben für das Militair sind zu hoch und wenn in Preußen im Verhältnis zu den übrigen Großstaaten der Einzelne am geringsten besteuert ist, so muß er zu dem Militair-Stat mehr beisteuern, als die Angehörigen der übrigen Staaten. Hier ist eine Ermäßigung der Ausgaben notwendig und die Forderung der Budget-Commission ist gerechtfertigt. Gebe die Regierung in diesem Punkte nach und es wird eine Einigung zu Stande kommen.

Referent, Abg. Michaelis, wendet sich zunächst gegen die Aeußerungen des Regierungs-Commissars und betont, daß der Generalbericht nichts anderes ist, als ein Schritt des Entgegenkommens. Das Haus muß sein Recht wahren. Das Ausgaben-Bewilligungsrecht ist erst aus dem Steuer-Bewilligungsrecht hervorgegangen, darum muß dieses das erste sein. Seit den letzten 17 Jahren ist der Standpunkt verrückt, das Verhältnis umgekehrt worden, und man hat das Ausgaben-Bewilligungsrecht zum ersten, das Steuer-Bewilligungsrecht zum zweiten Rechte gemacht. Das Normalverhältnis muß wieder hergestellt, das Steuer-Bewilligungsrecht gewahrt werden. Hr. Wagener hat von Agitation gesprochen; wir brauchen keine Agitation zu machen, dafür sorgt schon jene Partei. Wir wollen die bürgerliche Gesellschaft nur vor Uebergriffen schützen, und wenn wir das gethan, werden wir uns das größte Verdienst um den Staat erworben haben.

Referent Abg. v. Hoyerbed wendet sich ebenfalls zunächst gegen den Regierungs-Commissar. Es wäre wohl gut gewesen, wenn die Regierung in der Commission sich schon in dieser Beziehung geäußert hätte. Herr v. Mischke-Collande hat gesagt, wir möchten doch endlich einmal den budgetlosen Zustand zu Ende bringen und ein Budget genehmigen, das sei der Wunsch im Lande. Wir kennen auch die Gesinnung im Lande, aber uns ist von unseren Wählern bei unserer Abreise gesagt worden, wir sollten nur an unserm Rechte ohne Zagen festhalten. Herr Faucher hat gesagt, daß das Land eine Einigung mit der Regierung herbeiführe; ich pflichte ihm bei, aber nur mit der Abweichung, daß das Land mit der Krone eine Einigung wünscht, mit diesem Ministerium aber nie. Die conservative Partei hat Geld nur für das Militair, für alle übrigen Staatsangehörigen aber immer nur ein warmes Herz (Geierkeit.)

Regierungs-Commissar Bölle entgegnet dem Vordner, daß er in der Commission die nöthigen Mittheilungen gemacht und sich die weiteren Mittheilungen für die Diskussion im Plenum vorbehalten habe, weil er einestheils zu solchen Arbeiten keine Zeit habe, andertheils aber auch keine Lust gehabt habe, für die Commission die Rolle eines Calculators zu übernehmen.

Namens der gesamten Berichterstattung erhält nunmehr das Wort der Abg. Ewesten. Er wendet sich zunächst gegen die einzelnen Redner, die gegen die Anträge der Commission gesprochen haben. Hr. v. Vinde hält die Sache nicht für opportun, das ist irrig, denn gerade diese Behandlung des Budgets ist nach allen den Vorgängen der früheren Jahre nicht nur zeitgemäß, sondern der einzige Weg, der noch zum Ziele führen kann. Die allgemeine Lage des Landes kann nur aus einem allgemeinen Bericht, wie ihn die Budget-Commission vorgelegt hat, ersehen werden. Die Forderungen der Commission sind nicht nur berechtigt, sondern sogar durch die Verhältnisse des Landes geboten. Redner geht die Spezialitäten des Berichts durch. In sehr ausführlicher Weise legt er die Gesichtspunkte dar, von denen sich der General-Bericht habe leiten lassen. Dann, zur auswärtigen Politik übergehend, bemerkt Redner: Der Bund mit Oesterreich hat doch reichlich seine Unhaltbarkeit dargelegt. Die Minister haben das Volk gegen sich gereizt. Nichts ist so nothwendig, als das Volk abzuhalten von dem Kampfe um gelegentliche Verfassungsfragen und hinzuzuführen auf das Gebiet materieller Angelegen-

heiten, und ihm an diesen die Rechtsfragen anschaulich zu machen, und das Volk auf diese Weise zu seinem höchsten Ziele, zur Selbstständigkeit und Selbstverwaltung in Gemeinde und Parlament zu erziehen. Auch nach dieser Seite hin hat unser Bericht gesucht, seine Aufgabe zu lösen, und wenn uns dies gelungen, so werden segensreiche Früchte nicht verloren, unsere Zwecke nicht verfehlt sein. Haben wir darauf hingewiesen, daß durch die materielle Lage das Mittel zur Verständigung gegeben ist, so ist es Sache der Regierung darauf einzugehen, wenn sie nicht nur von Verböhnung spricht, sondern sie auch wirklich will. Wenn wir sie dahin bringen, dann ist unser Zweck erreicht, dann haben wir nicht umsonst gearbeitet! (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldiskussion ist beendet, das Haus tritt in die Specialdiskussion.

(Der Kriegs-Minister v. Koon ist in das Haus eingetreten.)

Referent Abg. v. Hoyerbed weist den Vorwurf, daß die Commission der Regierung über das Prinzip der Verwaltung habe Lehren geben wollen, zurück, da in dieser Beziehung vollständiges Einverständnis zwischen der Commission und den Vertretern der Staatsregierung geherrscht habe. Wenn der Abg. Nitterath meine, daß die Aufstellung der Einnahmen und der Ausgaben Sache der Staatsregierung sei, so gebe er dies als richtig zu; aber Sache der Commission sei es, die Aufstellung zu prüfen. Wenn endlich der Vordner bemerkt habe, daß es früher ein gutes Prinzip gewesen sei, die Einnahmen recht niedrig und die Ausgaben möglichst hoch zu bemessen, so erwidere er, daß die Commission dies auch gethan habe, aber zu dem Resultat gekommen sei, daß davon ein übermäßiger Gebrauch gemacht und daß Uebergriffe in den Staatsschatz abgeführt worden, welche dem jetzigen Ministerium zu Zwecken gebietet hätten, die von dem Hause nicht gebilligt werden könnten.

Zu IV. (Berg-, Hütten- und Salinenwesen) weist Abg. v. Tettau darauf hin, daß die Regierung vom dem im Januar d. J. erfolgten Verkauf der Sainer Hütte für 500,000 Thlr. bei Aufstellung des Etats noch keine Kenntniß hatte, und diesen Verkauf deshalb noch nicht berücksichtigen konnte.

Abg. Hammacher: Er mache darauf aufmerksam, daß es gefährlich sei, der Staatsregierung die Veräußerung der Bergwerke zu empfehlen. Es sei bekannt, daß die Erträge aus dem Verkauf dieser Werke dem Staatsschatz zuzuführen. Nun repräsentire aber der Verkaufswert der gesammten Berg- und Hüttenwerke des Staats incl. der Salinenwerke ein Kapital von mindestens 100 Millionen. Die hgl. Staatsregierung habe die Sainer Hütte ohne Vorbehalt der Zustimmung des Landtags verkauft; dieselben Gründe, die sie zu diesem Verkauf geleitet, könnte sie auch geltend machen, wenn sie sich veranlaßt sähe, auch die andern Werke zu verkaufen. Die Folge davon würde sein, daß die Staatsregierung sich dann in der Lage befände, jeden Tag sich ein enormes Kapital zu schaffen und in den Staatsschatz abzuführen. Dadurch würde einmal das Budget eine Einnahme entbehren müssen; ferner aber werde die Staatsregierung für ihre konstitutionellen oder inkonstitutionellen, für ihre verfassungsmäßigen oder verfassungswidrigen Absichten in dem Staatsschatz eine enorme Summe zur Verfügung haben. Von diesem Gesichtspunkte aus habe er es beklagt, daß die Commission die Staatsregierung zu dem Verkauf gewissermaßen provozire, wenn er auch im Principe damit einverstanden sei. Er richte an die Budget-Commission die Bitte, in ihren Spezialberichten auf diesen Gegenstand zurückzukommen und darauf bezügliche Anträge zu stellen. (Bravo.)

Der Referent Abg. v. Hoyerbed erwiedert darauf, daß der Vordner mehr das Recht der Staatsregierung zu dem Verkauf, als den Bericht der Commission besprochen habe. Seine Furcht sei übrigens unbegründet, denn die Commission empfehle nur den Verkauf der kleineren und weniger rentablen Hütten und Salinen. Nach dem Gesetze könne man die Staatsregierung daran nicht hindern, wohl aber darüber wachen, daß die Summen aus den Verkäufen in das Budget aufgenommen würden.

Zu VII. (Direkte und indirekte Steuern) weist Abg. Dr. Walde auf die vielfachen Klagen, welche die Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer hervorgerufen habe, erörtert dann die Bestimmungen der Art. 100 und 109 der Verfassung und führt aus, daß das Haus nur berechtigt sei, die Erhöhung einer Steuer für einen bestimmten begrenzten Zeitraum zu beschließen. Diese Ansicht habe er schon früher, im Jahre 1861 ausgesprochen. Die Klagen über die Gebäudesteuer hätten ihren Grund nicht in der Veranlagung, sondern in den Fehlern des Gesetzes. Der Etat sei ein Gesetz und wenn man durch ihn ein fehlerhaftes Gesetz los werden könne, so sei man verpflichtet, dies zu thun. Die Militärvorlage sei verworfen, die Kosten der Reorganisation dreimal abgesetzt, wie könne das Haus es verantworten, wenn es die Erhöhung der Steuern im Etat stehen lasse. Die Steuerlast sei nach der jetzigen Veranlagung für Stadt und Land unerträglich. Unbedenklich könne im Etat jede Ausgabe abgesetzt und jede Steuer beseitigt werden, welche man nicht für notwendig halte. Deshalb habe die Verfassung den Etat ein Gesetz genannt, vor dem alle andern Gesetze schweigen müssen. Dies Recht wolle er gewahrt sehen. Wenn die Volksvertretung eine Kontinuität anerkenne und diesen letzten Nerv aus der Verfassung herausreißt Angesichts der großen Ueberbürdung namentlich des Militäretats, dann glaube er, sei die Hoffnung auf Erfolg sehr gering.

Nach einem längeren von der Unruhe im Hause mehrfach unterbrochenen Vortrage des Herrn v. Gottberg wird die Debatte vertagt. Der Präsident schlägt für die nächste Tagesordnung den Bericht der Abtheilung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. v. Tettau vor. Abg. v. Ernsthausen widerspricht dem: es zieme sich nicht, die Diskussion über den Bericht der Budgetkommission durch eine Wahlprüfung zu unterbrechen und man müsse in jedem Falle Herrn v. Tettau, der heute sich an der Debatte betheiligt, Gelegenheit lassen, auf etwaige Angriffe

zu antworten. Abg. v. Hennig kann das letztere Motiv nicht gelten lassen, wenn Herr v. Tettau das Haus heute auch durch eine Rede erfreut habe, so könne man doch die Prüfung seiner Wahl nicht so lange beanstanden, bis er etwaige Erwiderungen auf seine heutige Rede abgewartet habe. Abg. Rosch rath aber die Wahlprüfung bis nach dem Schluß der gegenwärtigen großen Debatte zu vertagen, auf ein paar Tage läme es ja doch nicht an. Die Versammlung tritt dieser Ansicht bei. — Schluß 3 Uhr.

Berlin, 16. März.

Im Verlaufe der bevorstehenden Debatte über das Budget beabsichtigt die Regierung, wie man aus sicherer Quelle hört, einen überaus wichtigen und folgeschweren Schritt zu thun. Zu diesem Behufe wird in diesen Tagen eine Ministerberathung stattfinden, welcher der König in Person beizuhören soll. Es handelt sich dabei um eine offene und feierliche Erklärung über die Stellung, welche die Regierung in der Budgetfrage einzunehmen gedenkt. Dieselbe geht dabei von dem Grundsatz aus, daß für den Fall, wenn keine Einigung der drei Faktoren über das Budget zu Stande kommen sollte, der Krone das Recht zustehe, den Staatshaushalt gesetzmäßig für das laufende Jahre festzustellen. Diese Erklärung soll zwar in gemäßigter Form, aber mit dem größten Nachdruck abgegeben werden.

Die österreichische Depesche, schreibt die „Voss. Ztg.“, welche die preussischen Forderungen beantwortet, hat, wie wir hören, einen nicht unbedeutenden Umfang und discutirt die diesseitige Depesche vom 23. v. M. Punkt für Punkt. Die in dieser gestellten Bedingungen zerfallen in drei Gruppen, welche die militärischen, maritimen und commerciellen Forderungen umfassen. Das österreichische Schriftstück wendet sich vorzugsweise gegen die von Preußen in militärischer und maritimer Hinsicht erhobenen Ansprüche und stellt den Grundsatz auf, daß diese innerhalb der Grenzen bleiben müssen, welche durch die Beziehungen zweier gleichberechtigten und gleichgestellten verbündeten Staaten gezogen werden. Auch würde Holstein durch Erfüllung der preussischen Ansprüche in seiner Stellung als deutscher Bundesstaat alterirt werden. Deshalb gehe es nicht an, daß die Heeresmacht der Herzogthümer in die preussische Armee aufgehe. Es ist jedoch hierbei zu erwähnen, daß preussischerseits in keiner Weise das Verlangen gestellt worden ist, Holstein solle aufhören, sein Bundes-Contingent zu stellen. Es soll vielmehr nach wie vor einen Theil des 10. Bundes-Armee-corps bilden. Die Bekämpfung der militärischen Forderungen scheint auch durch die Beforgniß Oesterreichs hervorgerufen zu sein, daß Preußen dadurch an kriegerischer Machtstellung gewinnen werde. Jedoch ist der Zuwachs, welchen das preussische Heer durch die schleswig-holsteinischen Streitkräfte erhalten würde, kaum der Art, daß dadurch ein plötzliches Uebergewicht Preußens zu befürchten wäre. Denn Preußens Militärfuhrkraft beruht auf einer Einwohnerzahl von 20 Millionen; die Herzogthümer zählen nur 1 Million Einwohner, können also die preussische Militärfuhrkraft nur um ein Zwanzigstel vermehren. Obschon die preussische Marine die Bestimmung hat, die gesammte deutsche Nordküste zu schützen und deshalb die gerechtfertigtesten Ansprüche besitzt, daß ihr die deutschen Nordhäfen zur Verfügung gestellt werden, so wendet sich doch die österreichische Note gegen die preussischen Forderungen in Bezug auf die Häfen in den Herzogthümern und erklärt sich gegen die preussischerseits vorzunehmenden Hafenbefestigungen, wie auch gegen die von Preußen geforderte Anlage von Fortifikationen auf dem Lande. Mit der Abtretung der hierzu erforderlichen Territorien an Preußen ist die österreichische Depesche consequenter Weise nicht einverstanden. Die commerciellen Forderungen finden geringeren Widerspruch. Preußen steht mit den meisten Staaten Deutschlands in Zoll-einigung und es können sich die Einwendungen nur auf die Form der Zoll-einigung beziehen. Das preussische Telegraphennetz umfaßt auch andere deutsche Staaten, und es kann wenig dagegen gesagt werden, daß es auch über die Herzogthümer sich erstrecken soll. Die Postverwaltung greift allerdings mehr in das locale Leben hinein, aber die Selbstständigkeit der Herzogthümer würde nicht davon beeinträchtigt, wenn die preussische Postverwaltung auch über die Grenzen der Herzogthümer hinausreicht. Die Thurn- und Taxische Postverwaltung giebt hierzu den Beweis. Auch ist es nicht ohne Beispiel, daß die preussische Postverwaltung über das diesseitige Gebiet hinausgeht. Das den Herzogthümern benachbarte Hamburg hat in seinen Mauern ein preussisches Postamt. — Es wird nun Sache Preußens sein, dem Widerstande seines „Allirten“ zu begegnen.

Die österreichische Antwort vom 5. März schließt mit dem Wunsche, daß nunmehr Preußen

zur Lösung der Souveränitätsfrage die Hand bieten möge: zu dieser Lösung seien die beiden deutschen Großmächte verpflichtet und ein längeres Zögern werde die unheilvollsten Folgen für die Herzogthümer haben. Einweisen ruhen die Verhandlungen. Hier erwartet man Anträge zu Gunsten der preussischen Forderungen aus den Herzogthümern.

— Was die österreichische Antwort auf die preussischen Forderungen betrifft, so befindet sich die „Allg. Ztg.“ in einem offenbaren Irrthum, wenn sie von zwei verschiedenen Depeschen spricht. So viel hier bekannt worden ist, existirt nur ein derartiges, ziemlich voluminöses Schriftstück. Der Inhalt desselben ist in höflicher Form entschieden ablehnend und zwar auf Grund des österreichischen Mitbesitzes. In zweiter Linie wird erst auf die Unverträglichkeit der preussischen Forderungen mit dem bestehenden Bundesrecht hingewiesen. Die zwischen dem Ministerpräsidenten Herrn v. Bismarck und dem hiesigen österreichischen Gesandten stattgefundenen längere Unterredung konnte unter diesen Umständen kein Resultat haben. Wie man in diplomatischen Kreisen wissen will, sollen Beide in gereizter Stimmung von einander geschieden sein; dennoch glaubt man, daß die Verhandlungen nicht aufgegeben sind, obgleich Preußen sich eben nicht mit seiner Rückantwort beilen wird, da ihm gerade das Fortbestehen des jetzigen Provisoriums nur wünschenswerth sein kann.

— In gewissen Kreisen spricht man viel von einer bevorstehenden Vermählung des Prinzen Humbert von Italien. Es heißt nämlich, England gebe sich alle Mühe, für den Prinzen die Hand einer Erzherzogin von Oesterreich zu erlangen und dadurch den Frieden Europas zu sichern, „um sich mit mehr Sicherheit in die amerikanischen Angelegenheiten mischen zu können.“

Ustona, 15. März. Mit der Aussicht auf bloße Anerkennung der interimistischen Schleswig-Holsteinischen Flagge ist den Rhebern sehr wenig gedient, da die Flagge weder bewaffneten noch consularischen Schutz auf überseeischen Plätzen zu erwarten hat, wo keine preussischen oder österreichischen Kriegsschiffe sind und die Schiffe allen etwaigen Chikanen dort ausgesetzt bleiben. Eins der ersten hiesigen Häuser, (die Firma J. C. D. Dreyer), hat daher für seine sämtlichen Schiffe um die Erlaubniß nachgesucht, die preussische Flagge führen zu dürfen, und diese Erlaubniß von der preussischen Regierung erhalten. Nach dem Völkerrecht, nach welchem die Schiffe eines Landes einen Theil von dessen Grund und Boden bilden, wäre durch die preussische Flagge auf den erwähnten Schiffen demnach die Annexion schon in theilweiser, thatsächlicher Vollziehung, es müßten denn die Augustenburger durch einen Protest vor aller Welt dokumentiren, daß die Rheber der Herzogthümer ihr schwimmendes Eigenthum auf dem Altar des Partikularismus opfern sollten! Da die überseeischen Handelsbeziehungen Oesterreichs den preussischen auch nicht im Entferntesten gleichkommen, so dürfte schwerlich ein Schleswig-Holsteinischer Rheber von nur einiger Bedeutung den Gebrauch der österreichischen Flagge dem der preussischen vorziehen. Wir hören, daß die Blankeneser Rheber dem Beispiele des Herrn Dreyer folgen werden, indem gerade die Blankeneser Schiffe stark nach überseeischen Plätzen hin verchartert werden.

Leipzig, 13. März. Die Wissenschaft hat wieder einen schweren Verlust erlitten: der berühmte Reisende Sir Robert S. Schomburgk, welcher im Monat April v. J. seinen Posten als englischer Consul in Siam aufgegeben und sich nach Europa zurückgewendet hatte, ist am 11. d. M. in einer Privatkrankenanstalt bei Berlin verstorben. Wie bekannt, hatte er die Urkunde des zwischen dem Zollverein und Siam abgeschlossenen Handelsvertrages nach Berlin überbracht. Das Leben Sir Robert Schomburgk's ist ein viel bewegtes gewesen. In der Nähe von Naumburg im Jahre 1804 geboren, erst zum Kaufmann ausgebildet, als welcher er mehrere Jahre in Leipzig zubrachte, bildete er später in Amerika die für einen Forscher im Gebiete der Erdkunde nöthigen Eigenschaften von solcher Vollkommenheit in sich aus, daß er sowohl von der Geographischen Gesellschaft in London als von der englischen Regierung selbst den ehrenvollen Auftrag der Durchforschung des britischen Guiana erhielt. Eine äußerst reiche und thatenlustige Kraft ist mit ihm zu Grabe gegangen.

Stuttgart, 11. März. Dem „Nürnb. Corr.“ wird von hier berichtet: „Der Antrag der staatsrechtlichen Kommission der Abgeordnetenkammer in der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit ist von der Kommission einstimmig gestellt. Minister v. Barn-

büler, welcher der Sitzung beiwohnte, verhielt sich der gestellten Forderung an die Mittelstaaten zur That gegenüber höchst kühl, indem er zu verstehen gab, daß er nicht wisse, worin eine solche That eigentlich bestehen sollte. Das Kommissionsmitglied Hölzer gab ihm hierin Recht, stimmte aber doch für den Antrag. An der Annahme kann bei der Einstimmigkeit der Kommission kaum gezweifelt werden. — Es scheint, daß Württemberg das Ansinnen Baierns, mit ihm und Sachsen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gemeinschaftlich am Bunde vorzugehen, abgelehnt hat.“

Wien, 12. März. Hiesige Correspondenzen verschiedener Blätter deuten übereinstimmend auf ein beabsichtigtes positives Vorgehen Oesterreichs in der Herzogthümerfrage hin. „Der Oesterreich“ — schreibt man u. A. der „Allgem. Ztg.“ — sich genöthigt gesehen, auf das im Art. 3 des Friedensvertrags stipulirte gemeinsame Besitzrecht sich zu berufen, so ist es doch weit entfernt davon, in eine unabsehbare Verlängerung des status quo zu willigen, oder seine Ansicht, daß durch den Friedensvertrag nur ein Provisorium geschaffen worden sei, fallen zu lassen.“ Eine Correspondenz des „Frankfurter Journ.“ bringt damit auch die Hierherberufung des Baron v. Kübeck von Frankfurt in Zusammenhang und bemerkt: „In jedem Falle deutet diese Hierherberufung darauf hin, daß etwas hier im Werke sei, was die Anschauung der inspirirten Berliner Organe berichtigen dürfte, daß Oesterreichs Berufung auf sein Mitbesitzrecht in den Herzogthümern bezüglich ihrer Wirkung identisch sei mit dem angeblichen Absehen des Wiener Cabinets von der Forderung nach Beseitigung des Provisoriums.“

Paris, 13. März. Es war der entschieden ausgesprochene Wunsch des Kaisers, den Herzog v. Morny mit beinahe kgl. Ehren zur Erde bestatten zu lassen, und so wurde denn ein Pomp und militärischer Aufwand entfaltet, wie ihn in diesen Verhältnissen die gegenwärtige Pariser Generation kaum noch gesehen hat. Eröffnet wurde der Trauerzug von einer Abtheilung der berittenen Municipalgarde, dann folgten Marschall Magnan als Kommandant von Paris und ein Theil seines Stabes, hierauf die Chasseurs d'Afrique, dann Linienmilitär, ferner eine Schwadron Husaren, endlich die Grenadiere der Kaiserl. Garde. Der sechs-spännige Leichenwagen startete von Silberverzierungen. Es folgten die beiden Wagen des Kaisers, der sich durch den Generaladjutanten Fleury vertreten ließ, und der Wagen des Prinzen Napoleon. Daran schloß sich eine unübersehbare Wagenreihe; beinahe sämtliche Gesandtschaften waren durch ihre Chefs vertreten, der gesetzgebende Körper nicht allein, sondern auch der Senat durch fast sämtliche Mitglieder. Der Seinepräfekt erschien mit den 18 Maires von Paris in zwölf Kutschen, dann das Institut de France und eine Deputation des Kassationshofes. Den Zug beschloß die Municipalgarde, dann Linienmilitär in derselben Reihenfolge wie im Anfange, zuletzt Artillerie.

— Da die Börse wegen der Insufficienz des Mornyschen Nachlasses sich beunruhigt hatte, ist zu erwähnen, daß die Besorgnisse zu verschwinden anfangen. Man hat die Gewißheit, daß von leicht zu errathender Seite her sämtliche Schulden bezahlt oder, besser gesagt, alle Engagements werden eingehalten werden. Die bedeutenden Summen, welche der Herzog aufgenommen hatte, sind ihm nicht ohne Verpfändungen gegeben worden. So sind namentlich eine Anzahl industrieller Papiere, die heute noch keinen Cours haben, verpfändet und hypothekarische Eintragungen gegeben auf Grundstücke, die Morny in den metallreichsten Districten der Sonora durch vertraute Ingenieure hat ankaufen lassen. Die gewerblichen Unternehmungen sollen eine Zukunft haben und das ist immerhin glaublich. Morny besaß einen scharfen Blick und eine glückliche Hand; diesen beiden Eigenschaften hat er es zu verdanken, daß ihn Anfangs der Vierziger die damals eben so schöne wie reiche Gräfin Lehon veranlaßte, den Militärdienst zu quittiren und sich in die Industrie zu werfen. Was die Erwerbungen in der mexicanischen Provinz anbelangt, so sind dieselben freilich sehr problematischer Natur, aber der Person, welche die Nachlassregulirung für Morny übernehmen will, kommt es am allerwenigsten zu, einen glücklichen Erfolg in Zweifel zu ziehen. Es ist nicht unbenutzt geblieben, daß der „Moniteur“ von den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers verlangte, sie sollten bei dem pomphaftesten Leichenbegängnisse in Uniform erscheinen. Mit dieser Maßregel wurde der Demonstration der linken Seite die Spitze abgebrochen, denn es besitzt — außer Emile Ollivier, Darimon, Guérault und Favin — besitzt kein Oppositionsmitglied Uniform.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 17. März.

+ Laut Privatbriefen aus Kiel ist die dortige Bucht noch mit starkem Eise belegt und auf offener See noch viel Treibeis bemerkbar, so daß es vorläufig noch nicht möglich ist, die Corvette „Victoria“ welche zur Abholung des „Arminius“ bestimmt ist, nach England abgehen zu lassen. Was die weitere Bestimmung der Flotte vor Kiel anbelangt, so verlautet dort, daß die Mehrzahl der Kriegsschiffe im Frühjahr in Danzig außer Dienst gestellt und reparirt werden wird.

— Als Merkmal zur Unterscheidung der täuschend nachgeahmten falschen Zehnthaler-Noten der Preussischen Bank von den echten werden uns heute folgende Abweichungen angegeben: In den falschen Noten sind die beiden Wasserzeichen (10 10) durch Radiren erzeugt, die beiden Zahlen also nicht scharf begrenzt, sondern verschwommen. Ferner ist die schwarze Zeichnung auf den falschen nicht so schwarz und deutlich und einzelne Theile, wie z. B. die Büste in der untern Ecke rechts, die auf den richtigen ganz schwarz und deutlich hervortritt, auf den falschen kaum zu sehen.

† [Theatralisches.] Hr. Heßler wird zu seinem bevorstehenden Benefiz ein historisches Trauerspiel von Rudolf Genée zur Aufführung bringen. Der Stoff desselben ist der Geschichte Danzigs entnommen. Der Titel lautet: „Kreuz und Schwer!“ oder „Die Bürger von Danzig“. Da das Opus im Verlage von Th. Vertling erschienen, so ist es gewiß schon in hiesigen Kreisen hinreichend bekannt.

† [Benefiz-Vorstellung.] Die gestrige für den Hrn. Ober-Regisseur v. Othegraven stattgehabte Benefiz-Vorstellung war sehr zahlreich besucht und wird der Herr Benefiziant gewiß außerordentlich befriedigt sein. Das Publikum schien es auch zu sein.

† Hr. Otto Frdr. Wendt ist an Stelle des Hrn. Schönbeck zum Vorsteher des Spend- und Waisenhauses gewählt worden.

† Hr. Regierungsrath W antrup hat nun auch in Magdeburg einen Vortrag gehalten.

— Der Commis B. des hiesigen Handelshauses E. wurde vorgestern von seinem Chef mit einem Wechsel im Betrage von 2000 Thalern nach der hiesigen Privatbank geschickt, um denselben zu discontiren. Derselbe empfing denn auch das baare Geld, suchte aber mit demselben das Weite. Während man nun alle Anstalten zu seiner Verfolgung machte, erhielt man gestern Abend ganz unerwartet die Nachricht aus Marienburg, daß im dortigen Gefängnisse ein Inhaftat sich erhängt habe, bei welchem man 1850 Thlr. baares Geld und mehrere Reise-Effecten und einen Brief vorgefunden habe, aus welchem sein Name und seine Heimath hervorging. Man wußte dort nichts von der hier begangenen Unterschlagung des jungen Mannes, welcher mit einer Droschke die Fahrt dorthin gemacht hatte, fand sich indeß doch zu seiner Verhaftung veranlaßt, weil er einem dortigen Polizeibeamten eine Summe von 120 Thlrn. geboten hatte, wenn er ihm einen Paß verschaffen könne. Auf Grund dieser Aeußerung wurde der Flüchtling festgehalten, um nach den Verhältnissen des jungen Mannes hier Erkundigungen einziehen zu können. Als man gestern früh seine Zelle betrat, fand man eine Leiche. Der Unglückliche ist der Sohn eines hiesigen achtbaren Beamten.

† Hr. Pred. S achse zu Pöblau ist in Stelle des verstorbenen Oberlehrers Hrn. P ätsch Vorsteher des Lehrer-Vereins der Danziger Höhe geworden.

— Dem Cantor am Dom und Gesanglehrer am Gymnasium zu Marienwerder, A. F. Leder, ist das Prädikat „Musikdirektor“ beigelegt worden.

Königsberg. Vor einigen Monaten hat Dr. Solowicz einen wichtigen Fund gemacht, indem er auf dem Pergamentüberzuge des Deckels eines Quartanten in unserer Universitätsbibliothek ein Bruchstück aus dem verloren gegangenen Manuscripte des hebräischen Bibelcommentars des Rabbi Salomo Ben Isaac, genannt Raschi (11. Jahrhundert) entdeckte. Dasselbe hat besondere Wichtigkeit dadurch, daß es Stellen über Christus und hundert in philologischer Beziehung bedeutende Commentare enthält, welche in den gedruckten Ausgaben fehlen. Dr. Sol. hat das gedachte Bruchstück durch die Photographie vervielfältigen lassen (das erste Mal, daß dieselbe zu diesem Zwecke verwendet ist), wodurch Verfälschungen des Manuscripts vorgebeugt ist, und nebst einer Denkschrift als Ehrengabe zu Junz' 70 stem Geburtstage veröffentlicht. Diese Schrift hat in der Gelehrtenwelt solche Anerkennung gefunden, daß bereits eine zweite Auflage veranlaßt werden muß. — Dieser Fund lehrt, wie genau Pergamentmanuscripte auf alten Deckeln geprüft zu werden

verdienen. Wie mancher wissenschaftliche Schatz mag noch in dieser Weise verstaubt ruhen.

Stettin, 16. März. Gestern Abend nahmen S. K. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin in den festlich decorirten Räumen der Messource der Artillerie-Offiziere an einem von diesen gegebenen Balle Theil. Auf der Treppe wurde Chaine gebildet von Artilleristen in der Stücknechtuniform zur Zeit Friedrichs des Großen. Heute gab das Officier-Corps des Pionier-Bataillons im Schützenhause ein Diner, zu welchem der Kronprinz eine Einladung angenommen hatte. Darauf fand in der Artillerie-Kaserne ein Quadrille-Reiten von Officieren der Artillerie-Brigade statt. — Am Freitag giebt Se. Kgl. Hoheit im Königl. Schlosse einen Ball, zu welchem viele Einladungen in die Provinz ergangen sind. — Am Sonnabend findet der von hiesigen Einwohnern arrangirte Subscriptionsball in der Börse statt, zu welchem das Casino-Local eine besonders festliche Ausschmückung erhält. Der Fackelzug der Gymnasial- und Realschüler wird wahrscheinlich erst am Montag, dem Vorabende der Abreise des Kronprinzlichen Paares, den Abschluß der Festlichkeiten bilden. (Ostsee-Ztg.)

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Ein falscher Thalerschein]. Die jüdische Handelsfrau Lohde gab eines Tages einer mit ihr in demselben Hause wohnenden Frau den Auftrag, ihr einige Sachen aus einem Materialladen zu holen, indem sie ihr zugleich einen Thalerschein behufs der Bezahlung einhändigte. Die Frau zeigte sich bereitwillig, nahm den Thalerschein und ging fort, um ihren Auftrag auszuführen. Nicht lange aber dauerte es, so kam sie zurück und sagte, daß sie mit dem Papiergelde schlecht angekommen sei; denn dasselbe sei falsch. Die Lohde entgegnete, sie müsse den Thaler selbst in dem Falle daß er falsch sei, gebrauchen. Am nächsten Tage ging sie in einen Bäckerladen und begehrte für einen Achtelhalber Brod. Es war eben ein großer Andrang von Käufern in dem Laden und der Bäckermeister reichte der Frau schnell ein Brod, nahm den dargebotenen falschen Thalerschein, ohne ihn näher zu befehen, in Empfang und gab 27½ Sgr. heraus. Als am nächsten Morgen die Frau Meisterin das eingemommene Geld nachzählte, entdeckte sie den falschen Thalerschein und machte davon ihrem Manne Mitteilung. Dieser entgegnete kaltblütig: das hat nichts zu sagen; ich weiß schon, wer mir den falschen Schein gegeben. Es ist eine Frau, die alle Tage Brod holt; sie kommt heute noch gewiß wieder, und dann werde ich sie mit langen. Die von dem Herrn Bäckermeister zu langende Frau war die Lohde. Sie blieb aber mehrere Tage aus. Als sie endlich wieder kam, um Brod zu kaufen und sie der Herr Bäckermeister aufforderte, ihren falschen Thalerschein gegen richtiges Geld zurück zu nehmen, erklärte sie, daß sie den falschen Thalerschein gar nicht abgegeben, und daß sie von der ganzen Angelegenheit nichts wisse. Man müsse sie mit einer anderen Person verwechselt haben. Nachdem sie in's Verhör genommen, änderte sie diese Erklärung dahin, daß sie den qu. Thalerschein von einer andern Person erhalten und keine Ahnung von seiner Falschheit gehabt habe. Sie blieb bei dieser Behauptung auch in der öffentlichen Gerichtsverhandlung stehen, wurde aber für schuldig befunden und wegen Betruges zu einer Gefängnißstrafe von 1 Woche verurtheilt.

Bromberg. In der letzten Schwurgerichtssitzung hier wurden, wie man sich erinnern wird, der Arbeitsmann Tokarski von hier und der Wirthschafter Groß aus Gysste zum Tode verurtheilt, weil sie des Nordes der russischen Grenzbeamtenfrau Fedorow in Polajewo, resp. der wesentlichen Theilnahme an demselben schuldig befunden worden waren. Die Vertheidiger der Angeklagten, die Justizräthe Schulz, Böcker und Geßler hatten beim Ober-Tribunal gegen das Urtheil die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, weil vom Gerichte zwar angenommen, aber nicht festgestellt sei, daß derjenige, welcher dem Mörder in den die That vorbereitenden und erleichtenden Handlungen wesentliche Hilfe geleistet habe, nach den Gesetzen in Russisch-Polen strafbar sei. Das Obertribunal nun hat die Nichtigkeitsbeschwerde begründet gefunden, das Urtheil cassirt und den Fall vor ein neues Schwurgericht verwiesen.

Bermischtes.

** Berlin. Der Regierungsrath de Cuvry aus Cöln kam vorgestern hier an und begab sich direct nach einem hiesigen Gasthose. Dort ließ er sich Abendessen geben, zerschlug dann ein Weinglas und schnitt sich mit den Scherben die Ader auf. Als man den Unglücklichen fand, war keine Rettung mehr möglich. Der Verstorbenen war wahnsinnig. Er war der Bruder des Stadtältesten de Cuvry.

** Berlin. Der italienische Tenorist Giulini ging bekanntlich vor einiger Zeit zu einem Gastspiel nach Petersburg und wollte auf der Rückreise auch auf der hiesigen Hofbühne auftreten. In diesen Tagen ist der Künstler hier eingetroffen aber — wahnsinnig, und in Begleitung zweier russischen Beamten. Nach einem Aufenthalt von 3 Tagen wurde die Rückreise nach Paris fortgesetzt, wo der Unglückliche, welcher stets lächelnd vor sich hinblickt, einer Heilanstalt übergeben werden soll, da er durchaus keine Verwandte besitzt.

Kirchliche Nachrichten vom 6. bis 13. März.

St. Marien. Getauft: Schuhmachermstr. Stobbe Tochter Maria Johanna Elise.
Aufgeboten: Juwelier Edwin Friedr. Maximilian Lubas mit Jzfr. Susanne Friederike Sophie Elette Feverabend. Oberlehrer a. d. Realschule (I. Ord.) zu St. Petri u. Dr. phil. Stephan Friedr. Neumann mit Jzfr. Louise Camilla Ottilie Nitsch a. Berlin. Kaufmann Christoph Eduard Reiske mit Jzfr. Mar. Jeannette Elisabeth a. Duadenhof. Gärtner Carl Aug. Sam. Horn mit Louise Elisabeth Mellin.

Gestorben: Schuhmachermstr. Kramer Sohn George Ferdinand, 10 J. 2 M. 5 T., Gehirnleiden. Unverheh. Maria Math. Klemstein, 37 J. 5 M., Magenkrampf. Kaufmann Ring Tochter Anna Bertha, 24 J. 5 M. 11 T., Lungentuberculose. Kaufmann Hoffmann Tochter Amalie Hedwig, 1 J. 4 M. 10 T., Durchbruch der Zähne.

St. Johann. Getauft: Tischlermstr. Gohrbandt Tochter Ida Valeria. Kornwerfergeb. Schilling Tochter Johanna Rosalie. Hrn. Remus Tochter Auguste Louise. Rentier Wedike Sohn Willi August Theodor. Steuermann Romm Sohn August Paul Erdmann. Bernsteinarbeitergeb. Drosch Sohn Arthur Bernhard Carl.

Aufgeboten: Schuhmacherges. Hermann Alexander Ziegler mit Jzfr. Juliane Wilhelmine Wollermann. Gestorben: Kellner Steinko Tochter Maria Anna, 1 J. 3 M., unbestimmte Krankheit. Buchbindermstr. Hein Sohn George Ernst, 2 J. 1 M. 5 T., Getrübte Drüsen-Schwindsucht. Schiffszimmerges. Bart Söhne Wilhelm Theodor, 2 J. 6 M., hitzige Gehirnhöhlen-Wassersucht u. Mar Edwin, 1 J. 2 M., Schlagkrämpfe. Schuhmachermstr. Frau Joh. Rosalie Gastrowost geb. Schmidt, 34 J. 8 M., chronische Nieren-Entzündung.

St. Petri u. Pauli. Getauft: Schuhmachermstr. Rose Sohn Max Alexander. Tischlermstr. Zanzen Sohn Johann Maximilian.

Warschau, 16. März. Bei Zawichost war gestern vollständiger Weichsel-Eisgang bei 11 Fuß 1 Zoll Wasser, hier Nachmittags 4 Uhr 9 Fuß.

Aerologische Beobachtungen.

16	4	338,95	1,9	ND. lau, bewölkt.
17	8	338,41	0,2	ND. mäßig, do.
	12	338,41	0,9	ND. s. D. do. do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 17. März.

Weizen, 130 Last, 132.33 pfd. fl. 420; 130 pfd. fl. 405, 415; 129 pfd. fl. 395; 126.27 pfd. fl. 380; 123.24 pfd. fl. 360; 122.23 pfd. fl. 354, Alles pr. 85 pfd.
Roggen, 121 pfd. fl. 223½; 123 pfd. fl. 225; 126.27 pfd. fl. 229½; 128 pfd. fl. 234; 130 pfd. fl. 240 pr. 81½ pfd.
Große Gerste, 114 pfd. fl. 195; 117.18, 119 pfd. fl. 210.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Hauptm. i. 3. Garde-Regt. z. S. v. Petery a. Berlin. Rittergutsbes. Sieffens a. Mittel-Golmkan. Kaufm. Hartmann a. Zweibrücken, Schneider a. Löbich, Fick a. Hamburg, Kreyenberg a. Braunschweig und Thun a. Breslau.

Hotel de Berlin:
Rittergutsbes. Schröder a. Meidenburg. Kaufleute Haber, Steinhilf, Simon a. Berlin u. Geldmacher aus Mannheim.

Walter's Hotel:
Hauptm. a. D. Schläffer a. Eibau. Rittergutsbes. v. Czarlinski a. Bukowiz u. Schwendig a. Kl. Golmkan. Rittergutsbesitzer Dir u. Gattin a. Köln i. W. Ingenieur Levitus a. Elbing. Kaufm. Großmann a. Altona.

Hotel zum Kronprinzen:
Kaufm. Wiemann u. Schaffenbach a. Berlin, Holzhausen a. Leipzig, Löwenthal a. Freystadt, Weiß aus Mainz, Schmidt a. Thorn u. Götz a. Elberfeld.

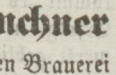
Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Kaufm. Heine a. Berlin, Sohn a. Königsberg und Steinhilf a. Bromberg.

Hotel d'Oliva:
Gutsbes. Engewald a. Heinrichswalde, Scherwinski a. Breitenstein u. Verlowitzki a. Gillehnen. Kaufleute Meyer u. Gaspary a. Berlin, Falk a. Nordhausen, Hübschmann a. Cronenberg u. Bachler a. Monden. Candidat Neigert a. Königsberg.

Hotel de Thorn:
Die Gutsbes. Regler a. Stargard in Pomm. und Freiborn a. Königsberg. Die Kaufm. Munkel a. Berlin, Josephsohn a. Frankfurt a. M., Neumann a. Straßund, Gobbis a. Düsseldorf u. Wilms a. Brandenburg a. G. Dr. phil. Richardi a. Breslau.

Deutsches Haus:
Die Gutsbes. Schlenker a. Rogawen u. v. Reibnitz a. Daber. Kaufm. Brändel a. Ertner. Agent Liebert a. Königsberg.

 **Hotel Deutsches Haus.**
Heute Abend zum ersten Male

 **frisch vom Faß: Echt Münchener Exportbier** aus der Pschorr'schen Brauerei zu München u. **echt Münchener Bock.** Factura's über die Echtheit sämtlicher bei mir verabreichten Biere liegen zur gefälligen Einsicht meiner geehrten Gäste bereit.
Otto Grünwald.

Briefbogen mit Damen-Namen sind zu haben bei **Edwin Groening.**

Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 19. März. (6. Abonnement No. 9.)
Richard's Wanderleben. Lustspiel in 4 Akten, nach dem Englischen von Kettel. Hierauf: **Die Verlobung bei der Laterne.** Operette in 1 Akt von Offenbach.

Bekanntmachung.

Aus dem Bestande unserer in Folge Auflösung des Kornmesser-Verbandes disponibel gewordenen städtischen Scheffelmaße und Streichhölzer sollen im Termin **Sonnabend, den 18. März cr., Mittags 11 Uhr, auf dem Stadthofe im Turnsaal der Feuerwehr** fernerweit 6 Stück ganz neue Scheffel, 6 " wenig gebrauchte und noch gut erhaltene Scheffel, 18 " bereits mehr gebrauchte Scheffel und 30 Streichhölzer meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden, und laden wir Kauflustige zu diesem Termin hierdurch ein.

Danzig, den 9. März 1865.

Der Magistrat.

Nach zwölfstägigem sehr schmerzvollem Gehirnleiden starb gestern Abend 9½ Uhr unser Söhnchen **Emil** im Alter von 3½ Jahren. Tief gebeugt diese traurige Nachricht allen Theilnehmenden.

Danzig, den 17. März 1865.

C. F. C. Reck u. Frau Meta, geb. Robbe.

Erklärung.

Den Mittheilungen verschiedener Zeitungen gegenüber sind wir genöthigt auf das Bestimmteste zu erklären:

1) dass ein Telegramm über einen Beschluss der Kölner Stadtverordneten-Versammlung uns weder zugegangen, noch überhaupt für uns aufgegeben worden ist;

2) dass eine Beschlagnahme von Telegrammen in unserm Bureau niemals stattgefunden hat.

Berlin, den 16. März 1865.

Wolff's Telegraphisches Bureau.

Wiener Kaffee-Haus.

Heute, so wie alle Abend vom Faß, **Bockbier** aus der Felsenkeller-Brauerei bei Dresden, ferner **acht Culmbacher, Rixinger, Erlanger, Münchener Lagerbiere.**

Alexander Schneider, Wiener Kaffee-Haus.

Von den rühmlichst bekannten approbirten **Nennenpennigchen**

Hühneraugen-Pflasterchen

aus Halle, hält à Stück mit Gebrauchsanweisung, früher 1½ Sgr., à Dgd. 15 Sgr., von heute ab à Stück 1 Sgr., à Dgd. 10 Sgr., stets Lager in Danzig:

J. L. Preuss, Portschaisengasse No. 3, in Elbing: **Adolph Kuss.**

„Ohne Zwischenhändler“

wird ein Rittergut in guter Lage und zwischen 70—100,000 Thlr. reellen Werth ernstlich gesucht. Name des Suchers wird auf Wunsch gern genannt. Anschläge erbeten sub v. R. Dresden post. rest. franco.

Zur Beaufsichtigung und Verwaltung eines in der Nähe von Berlin belegenen Mühlen-Etablissements, verbunden mit Bäckerei und Mehl-Geschäft, wird ein zuverlässiger, sicherer Mann, der Fachkenntnisse nicht zu besitzigen braucht, zu engagiren gewünscht; der Posten ist dauernd und selbstständig, und wird dem zu Engagirenden ein Gehalt von 360 Thlr. p. a. und freie Wohnung bewilligt. — Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen **J. Holz** in Berlin, Fischerstr. 24.

Photogr. Portraits

der Herren Prediger Danzigs à 5 und 10 Sgr. pro Stück. Gut gebundene Gesangbücher in den verschiedensten Einbänden, desgl. Gebetbücher zur Mitgabe fürs Leben, Albums und viele andere niedliche wie auch praktische Sachen empfiehlt **J. L. Preuss,** Portschaisengasse 3.